

Budget 2022

Budgetrede Finanzminister

Mag. Gernot Blümel, MBA

„Aufschwung.Stabilität.Nachhaltigkeit“

Wien, 13. Oktober 2021

Budgetrede

Gehalten am Mittwoch, den 13. Oktober 2021

Es gilt das gesprochene Wort.

1. Schwerste Wirtschaftskrise seit 1945

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, Hohes Haus,

geschätzte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

Vor einem Jahr habe ich bei meiner Budgetrede gesagt, dass es **die budgetäre Antwort auf die Krise ist.**

Heute wissen wir, es war die **richtige Antwort** und es war **eine Antwort, die Österreich gut durch die Krise geführt hat.**

Das Budget, das wir Ihnen **heute** vorlegen, ist eine **Ansage Richtung Zukunft.**

Mit diesem Budget wollen wir **„Aufschwung, Stabilität und Nachhaltigkeit“** für Österreich ermöglichen.

Impfung als Rückkehr zur Normalität

Wir sind alle gemeinsam durch die Pandemie gegangen und jetzt gehen wir gemeinsam mit neuer Kraft in eine spannende und erfolgreiche Zeit für unser Land. Je schneller wir die Pandemie hinter uns lassen, umso schneller kommen wir wieder **zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und budgetärer Stabilität.**

Es liegt dabei an jeder und jedem Einzelnen, wie schnell sich die Wirtschaft erholt und dadurch Arbeitsplätze gerettet werden können.

Mit der Impfung hat die Menschheit, nicht einmal ein Jahr nach dem Ausbruch der weltweiten Pandemie, ein wirksames Gegenmittel erhalten.

Das ist der Erfolg einer globalisierten und vernetzten Welt.

Und es ist vor allem ein **Erfolg der Wissenschaft**, für den **wir alle dankbar sind.**

Aber diese Errungenschaft **hilft nicht**, wenn die Menschen dieses Angebot **nicht in Anspruch nehmen.**

Wir wissen, dass die Impfung wirkt. Wir sehen es bei der Auslastung der Intensivstationen, in denen kaum geimpfte Personen versorgt werden müssen.

Gerade vor dem Winter **appelliere ich** daher an alle, die sich impfen lassen können, diese Option wahrzunehmen.

Dieser Stich kann **nicht nur ihr eigenes** und andere Leben retten, sondern auch Unternehmen und Arbeitsplätze.

Gemeinsame Entscheidungen statt Spaltung der Gesellschaft

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir alle sind im letzten Jahr Zeitzeugen geworden!

Hinter uns liegt die schwerste Gesundheits- und Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg.

Das spiegelt sich neben vielen anderen Faktoren auch im

Budgeterstellungprozess wider.

Üblicherweise legt die Regierung jedes Jahr **ein** Budget vor. Durch die Pandemie waren wir aber gezwungen, **mehrmals Adaptierungen und Anpassungen nach oben vorzunehmen.**

Es waren besondere Zeiten, die außergewöhnliche Maßnahmen erforderten.

Der **deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn** hat im April 2020 im deutschen Bundestag gesagt:

„Wir werden in ein paar Monaten einander wahrscheinlich viel verzeihen müssen.“

Ich halte das für eine ganz wichtige Aussage, die auch heute noch gilt.

Denn, gemeinsam mussten die Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in der Politik in den vergangenen zwei Jahren Entscheidungen treffen, die **große Auswirkung** auf die Menschen, die Arbeitsplätze und die Unternehmen in diesem Land hatten.

Viele dieser Entscheidungen wurden hier im Parlament **gemeinsam mit Regierungs- und Oppositionsparteien getroffen** – dafür möchte ich mich noch einmal **bedanken**.

Haben wir in dieser schwierigen Zeit alle **nur richtige** Entscheidungen getroffen?

Wahrscheinlich nicht. Das muss man offen zugeben!

Was wir heute aber **sicher** wissen:

100 Prozent falsch liegen jene, die schon immer alles besser gewusst haben!

Denn sie agieren wie jene, die die Feuerwehr für den Wasserschaden kritisieren, nachdem der Brand gelöscht wurde.

Es gab nämlich keine Blaupause für Corona, die man heranziehen konnte.

Und ja, auch wir als Bundesregierung, die Verantwortlichen in Ländern und Gemeinden – wir **alle hatten Lerneffekte während der Pandemie.**

Wenn man sich aktuelle Wortmeldungen einzelner Politiker anhört, ist das leider nicht selbstverständlich.

Nicht nur manche politische Parteien, **sondern all jene**, die jetzt **noch immer** das Virus verharmlosen und die Impfung schlecht reden, sollten sich an die **Berichte aus Italien erinnern.**

Erinnern Sie sich an die Bilder der gestapelten Säрге, erinnern Sie sich an Ärztinnen und Ärzte, die über Behandlung oder Tod entscheiden mussten.

So tragisch jede und jeder einzelne Covid-Tote ist, das Gesundheitssystem in Österreich war **nie auf diese Weise überfordert.**

Diesen Kollaps unseres Gesundheitssystems zu verhindern – das **war, ist** und **bleibt** oberste Prämisse in dieser Pandemie!

Tiefe Einschnitte für die Wirtschaft

Dafür waren **harte Entscheidungen** notwendig, die **tiefe Einschnitte** für die **Wirtschaft** und **unser aller Leben** gebracht haben.

Und wir als Bundesregierung haben diese Entscheidungen getroffen.

Wir haben uns **nicht vor der Verantwortung gedrückt**.

Und **das ist es auch, was die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu Recht von der Politik in einer Jahrhundert-Krise erwarten können!**

Historisches Netz an Hilfsmaßnahmen – Ö. Marshallplan

Noch nie in der Geschichte der zweiten Republik gab es so ein dichtes Netz aus Bundes-, Landes- und Gemeindehilfen wie in dieser schwierigen Zeit!

In der Vergangenheit gab es **oft Kritik am Staat**, dem **Föderalismus**, der **Verwaltung** und dem **Förderwesen**.

Der von manchen vielgescholtene **Föderalismus** hat Österreich aber unter anderem besser durch die Krise gebracht als andere Länder.

Ohne die Initiativen in den Ländern, ohne das Engagement der Bürgermeister in den Gemeinden wäre es nicht möglich gewesen, so rasch und effektiv zu helfen.

Egal ob der Aufbau- und Betrieb von Test- und Impfstraßen, die Unterstützung für regionale Wirtschaft oder die Betreuung von Härtefällen im Ort – ohne unsere föderale Struktur hätten wir das niemals in so kurzer Zeit geschafft.

Daran sollten sich die Pauschalkritiker des Föderalismus erinnern, wenn sie das nächste Mal eine Abschaffung dieser Strukturen fordern.

Ich möchte mich an dieser Stelle **bei all jenen bedanken**, die mitgeholfen haben, diese Hilfen aufzusetzen und zu administrieren.

Danke Ihnen allen für Ihren Einsatz für Österreichs Wirtschaft und für die Menschen in diesem Land in einer herausfordernden Zeit!

Insgesamt hat allein die Bundesregierung mehr als 200 Hilfsmaßnahmen ins Leben gerufen.

Seit dem Marshallplan hat es in Österreich kein größeres wirtschaftliches Hilfspaket gegeben.

Bis dato hat der Bund über 40 Milliarden Euro ausbezahlt oder rechtsverbindlich zugesagt:

- a) Durch die Wirtschaftshilfen konnten im Jahr 2020 bis zu 350.000 Arbeitsplätze gerettet werden.
- b) Am Höhepunkt der Krise wurden allein durch die Kurzarbeitsbeihilfen 1,2 Millionen Arbeitsplätze gesichert.
- c) 3,4 Milliarden Euro wurden über den Umsatzersatz an im Lockdown geschlossene Betriebe ausbezahlt.
- d) Knapp 790 Millionen Euro haben die Gemeinden für kommunale Investitionsprojekte abgerufen.
- e) Und aktuell werden immer noch 5,1 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben in Ratenzahlungsmodellen abgewickelt oder sind herabgesetzt.

Dieses Paket ist einmalig in der Geschichte der zweiten Republik!

Hilfen wirken – starkes Wachstum

Die Unterstützungen des Staates sind **die Basis** für den wirtschaftlichen Aufschwung, den wir aktuell erleben.

Das WIFO prognostiziert für heuer ein Wachstum von **+4,4 Prozent**.

Im **März** wurde noch ein Wachstum von **+1,5 Prozent** vorhergesagt.

Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass unsere Maßnahmen wirken.

Auch für das kommende Jahr rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem soliden Wachstumskurs von **+4,8 Prozent**.

2. Folgen für das Budget länger spürbar – Aber: Schulden sinken!

Dieses Hilfspaket in **historischer Dimension** hat auch **neue Dimensionen** für **das Budget** mit sich gebracht.

Die Einnahmen des Gesamtstaates **sind 2020 um -5,4 Prozent gesunken**, 2021 rechnen wir mit einem starken Aufholeffekt und damit einem Anstieg von **+6,9 Prozent**.

Im Gegenzug sind die **Ausgaben** vergangenes Jahr um **+12,1 Prozent** gewachsen, heuer werden sie noch um weitere **+2,5 Prozent** steigen.

Nach dem **Rekorddefizit des Bundes von 22,5 Milliarden Euro** im vergangenen Jahr rechnen wir **heuer abhängig vom Pandemieverlauf mit einem ähnlich hohen Defizit.**

Das hat **natürlich auch Auswirkungen auf die Schuldenquote.** Das **geltende Budget vom Frühjahr ging** aufgrund der COVID-Krise von einem Anstieg der **Schuldenquote auf 89,6% aus.**

Vergleich mit Kreisky

Aufgrund dieser Rekordverschuldung wurden in Interviews und Kommentaren immer wieder Vergleiche zu Bruno Kreiskys Politik gezogen. Aber es gibt **wesentliche faktische Unterschiede**, was die Budget- und Schuldenpolitik betrifft:

Als der damalige Bundeskanzler seinen berühmten Satz gesagt hat, dass ihm ein paar Milliarden mehr Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten, als ein paar hunderttausend Arbeitslose, betrug **das Wirtschaftswachstum +5,4 Prozent.**

Zwischen 1976 und 1980 gab es durchschnittlich mehr als +3 Prozent Wachstum pro Jahr!

Zum Vergleich: **2020** ist die österreichische Wirtschaft **um -6,7%** eingebrochen.

Daher sage ich:

In **wirtschaftlich schwierigen Zeiten Schulden** zu machen, um zu helfen, ist **legitim**.

In **Wachstumsphasen permanent Schulden zu machen** ist **Bequemlichkeit** zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Das ist sicher nicht unser Weg!

Lehren aus der Krise

Anders als manche Regierungen vor uns **werden wir nicht so tun**, als ob wir **keine budgetäre Verantwortung** für die nächsten Generationen hätten **und daher unsere Lehren aus dieser Krise ziehen**.

Eine dieser Lehren ist, dass eine nachhaltige Budgetpolitik und der Weg des konsequenten Schuldenabbaus die beste Vorsorge für künftige Krisen sind.

Nulldefizit ist kein Selbstzweck

Die konsequent sinkende Schuldenquote unter Bundeskanzler Kurz war kein Selbstzweck.

Es ist notwendig, um uns Spielräume für die Herausforderungen der Zukunft zu schaffen.

Unsere nachhaltige Budgetpolitik der vergangenen Jahre hat nicht nur die erforderlichen Hilfspakete ermöglicht, es ist auch **ein wesentlicher Grund**, warum Österreich sich immer noch **günstig auf den Finanzmärkten finanziert**.

Selbst im Krisenjahr 2020 lag die effektive Verzinsung unserer neu aufgelegten 10jährigen Anleihen durchschnittlich bei -0,177 Prozent p.a.

Aktuell (2021) zahlen wir für die **Schulden des Bundes** voraussichtlich 3,6 Milliarden Euro – vor 10 Jahren (2011) waren es noch 7,1 Milliarden Euro an Zinsen.

Niedrige Zinsen als trügerische Sicherheit

Aber: Was passiert, wenn die Zinsen irgendwann wieder steigen? **Etwa, weil sich die Zentralbanken gegen die Gefahr einer höheren Inflation** und damit höherer Preise stemmen müssen?

Ein Zinsanstieg um 0,5 Prozent würde die Kosten für unsere Schulden bereits 2022 um 120 Millionen Euro erhöhen.

Und wenn die Folgen eines Zinsanstieges **für Österreich** schon so deutlich spürbar sind, kann man sich ausmalen, wie es **für Staaten mit deutlich höheren Schulden aussieht:**

Italien hatte 2020 eine um **73 Prozentpunkte** höhere Schuldenquote als Österreich, **Frankreichs** Schuldenquote war um **33 Prozentpunkte** und **Spaniens um 37 Prozentpunkte** höher.

Vorsorge für die nächste Krise treffen

Eine mittelfristige Senkung der Schuldenquote ist **wichtig**.

Nicht, weil es ums Prinzip geht.

Auch nicht, damit sich sogenannte „frugale Staaten“ gegen andere EU-Länder durchsetzen.

Sondern aus Sorge um die Bürgerinnen und Bürger und **unseren Wohlstand!**

Und aus Vorsorge für die nächste Krise!

Schuldenquote Richtung 70 Prozent senken

Daher werden wir in Österreich nach der Krise wieder zu einer nachhaltigen Budgetpolitik zurückkehren.

Das starke Wachstum hilft uns dabei, **daher müssen wir alles tun**, um diesen Aufschwung nachhaltig zu gestalten.

Wir gehen davon aus, dass wir bereits **Ende des Jahres** bei einer Schuldenquote von **rund 83 Prozent liegen**.

Von **2022-2025** peilen wir eine sukzessive Reduktion der Schuldenquote Richtung **knapp über 70 Prozent** des BIP an.

Aus heutiger Sicht ist mit Ende des Finanzrahmens 2025 sogar ein strukturelles Nulldefizit möglich.

3. Entlastung

Schuldenabbau heißt Schwerpunktsetzung

Damit man mich nicht falsch versteht: **Schuldenabbau heißt nicht gleich Sparpaket.**

Es heißt gezielt Schwerpunkte setzen, **statt** das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler **mit der Gießkanne auszugeben.**

Steuerreform: Entlasten und Anreize setzen

Die Ökosoziale Steuerreform ist so ein Schwerpunkt!

Wir haben uns in dieser Bundesregierung gemeinsam dazu bekannt, gerade vor dem Hintergrund der größten Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg, die **größte Transformation des Steuersystems der zweiten Republik** einzuleiten.

In **Summe** entlasten wir die **Österreicherinnen und Österreicher** und die **heimische Wirtschaft** mit unserem Paket **bis 2025** um **über 18 Milliarden Euro**.

Wir verfolgen mit der ökosozialen Steuerreform 4 Ziele:

1. Arbeitende Menschen entlasten
2. Anreize für umweltfreundliches Verhalten setzen
3. den Standort Österreich nachhaltig stärken
4. und die Staatsschuldenquote Österreichs nach der Krise Schritt für Schritt abbauen

Das war das Versprechen von Sebastian Kurz und wir haben es umgesetzt!

3.1. Arbeitende Menschen und Pensionisten entlasten

Zum ersten Punkt: Unter Berücksichtigung der bereits 2020 gesenkten 1. Einkommensstufe entlasten wir im Vollausbau der Steuerreform die Bürgerinnen und Bürger jährlich mit mehr als 6 Milliarden Euro. **Damit fallen zwei Drittel der jährlichen** Entlastung auf arbeitende Menschen und Pensionisten.

Das ist das größte Entlastungspaket der Geschichte der zweiten Republik. Noch nie gab es ein größeres Volumen, um den Menschen mehr zum Leben zu lassen!

Unsere Maßnahmen zur Entlastung der arbeitenden Menschen und Pensionisten im Detail:

1. Senkung der **2. Einkommensstufe** von **35 auf 30 Prozent** ab **Juli 2022**, das bringt Steuerpflichtigen **bis zu 650 Euro Entlastung pro Jahr**.
2. Die Senkung der **3. Einkommensteuerstufe** von **42 auf 40 Prozent** ab **Juli 2023**, hier ist eine maximale Entlastung von **bis zu 580 Euro im Jahr** möglich.
3. Eine Reduktion der **KV-Beiträge für geringe und mittlere Einkommen** ab **Juli 2022**, beginnend mit 1,7 Prozentpunkten. Davon profitieren insbesondere einkommensschwache Personen.
4. **Erhöhung des Familienbonus** von **1.500 auf 2.000 Euro**. Das bringt pro Kind und Jahr **bis zu 500 Euro mehr Geld am Konto**. Hinzu kommt die **Erhöhung des Kindermehrbetrages auf 450 Euro**.
5. Mitarbeiter-Beteiligungsmodell, bis zu 3.000 Euro steuerfrei für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Damit wird den Österreicherinnen und Österreichern mehr Geld zum Leben im Geldbörstel bleiben.

3.2. Anreize für umweltfreundliches Verhalten setzen

Wer sich umweltfreundlich verhält, dem wird noch mehr zum Leben bleiben.

Daher werden wir im Jahr 2022 erstmals eine CO₂-Bepreisung einführen.

Im ersten Jahr wird die Tonne CO₂ 30 Euro,

2023 35

2024 45

2025 55 Euro kosten.

Ab 2026 soll das österreichische System in einen Zertifikatehandel überführt werden.

Das ist ein gewichtiger Eingriff in das Leben der Österreicherinnen und Österreicher und wir werden die ökologische Wende **nur mit** den Bürgerinnen und Bürgern schaffen, **nicht über ihre Köpfe hinweg** nur mit Verboten, Belastungen und Einschränkungen.

Es braucht **Anreize für jene, die umsteigen können** und **nicht Strafen für jene, die keine Alternativen haben.**

Wir müssen Rücksicht nehmen auf die Lebensumstände der Menschen.

Denn wer direkt vor der U-Bahn wohnt, tut sich mit Klimaschutz leichter als der Pendler oder die alleinerziehende Mutter am Land.

Daher werden wir **jenen helfen**, die **auch weiterhin auf das Auto** angewiesen sind.

Deswegen wird es einen Klimabonus mit regionaler Staffelung geben.

Je schlechter die Anbindung an den öffentlichen Verkehr, desto mehr Geld gibt es.

- a) Nämlich 100 Euro,
- b) 133 Euro,
- c) 167 Euro und
- d) 200 Euro.

Für Kinder wird eine Entlastung in Höhe von 50 Prozent des Bonus erfolgen.

Damit schaffen wir positive Anreize für umweltfreundliches Verhalten!

3.3. Standort stärken

Wir wollen den **aktuellen Aufschwung nachhaltig gestalten**, um Arbeitsplätze und Wohlstand in Österreich zu schaffen.

Daher setzen wir **bewusst auch Maßnahmen**, um die **Wirtschaft anzukurbeln** und uns **im europäischen Wettbewerb abzuheben**.

In anderen Staaten wird aktuell viel über den Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie diskutiert.

Wir vereinen beides und setzen Anreize für Investitionen und Arbeitsplätze in Österreich.

Unsere Maßnahmen für den Standort Österreich im Detail:

- a) Unternehmen werden mittels der KÖSt Senkung von 25 auf 23 Prozent nachhaltig entlastet
- b) Investitionsfreibetrag inkl. Ökologisierungskomponente bis zu 350 Millionen Euro
- c) Steuerliche Begünstigung für Eigenstromerzeugung bis zu 60 Millionen Euro
- d) Anhebung Gewinnfreibetrag von 13 Prozent auf 15 Prozent, um rechtsformneutrale Entlastung bei Unternehmen zu ermöglichen
- e) Erhöhung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 800 auf 1.000 Euro, um Investitionen leichter möglich zu machen
- f) Carbon Leakage: innerhalb der CO₂-Bepreisung werden wir auf die Herausforderung unserer Betriebe Rücksicht nehmen, und zwar mit einem Rückverteilungsmechanismus, um zu verhindern, dass Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern müssen.
- g) Mit einer Härtefallregelung, um besonders energieintensive Betriebe zu entlasten
- h) und mit Rückerstattungen für die Mehrbelastung der Landwirtschaft, damit sie auch weiterhin nachhaltig und in gewohnter Qualität produzieren kann. Denn wir sind stolz auf unsere heimischen Produkte.

Laut einer ersten Analyse von Eco Austria erhöhen wir mit der Steuerreform im Endausbau das Bruttoinlandsprodukt um nachhaltig 1 Prozent bzw. 4 Milliarden Euro pro Jahr. In Summe steigt die Beschäftigung um mehr als 30.000 Personen.

Und: Trotz all dieser Maßnahmen werden wir die Schuldenquote am Ende des Finanzrahmens Richtung 70 Prozent senken. Damit werden wir auch für kommende Herausforderungen budgetär gut aufgestellt sein!

Vergleich mit anderen Ländern macht sicher

Meine Damen und Herren!

Wir starten mit diesem Budget und mit den ersten Schritten der Ökosozialen Steuerreform den größten Umbau unseres Steuersystems.

Von unseren Maßnahmen profitieren Umwelt, Standort und Gesellschaft. Und vor allem bleibt den fleißigen Österreicherinnen und Österreichern mehr von ihrem hart erarbeiteten Geld.

Ich bin überzeugt:

Dieser Weg wird beispielgebend für viele Länder Europas.

4. Budget-Eckpunkte

Die Ökosoziale Steuerreform ist natürlich das große Projekt, das spiegelt sich in diesem Budget wider.

Gleichzeitig geben wir den Ressorts Spielräume, um gezielte Schwerpunkte umzusetzen.

Ich darf das an einigen Beispielen aus den Ressorts kurz erläutern:

Bundesheer (UG 14)

Das Budget des Bundesheers (UG 14) wird im nächsten Bundesfinanzrahmen (2022-2025) um 206,1 Millionen Euro gesteigert!

Darunter wird auch Vorsorge für die weiteren Beschaffungen für das Covid-Lager und Massentests mit einem Betrag von 20 Millionen Euro in 2022 geschaffen.

Nicht nur Corona, sondern auch die Hochwasser im Sommer sowie der Terroranschlag letztes Jahr, haben uns gezeigt, wie sehr wir auf die Hilfe des Bundesheeres angewiesen sind. Deswegen werden das Terrorkpaket und das Katastrophenschutzpaket im Jahr 2025 mit je 25 Millionen Euro fortgesetzt.

Mit zusätzlichen 25 Millionen Euro jährlich kann Österreich nachhaltig bis 2025 einen angemessenen Beitrag zu den verstärkten Aktivitäten der EU für Konfliktverhütung, zur Friedenskonsolidierung und zur Stärkung der internationalen Sicherheit im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität leisten.

BMEIA (UG 12)

Krisenlinderung und –bekämpfung ist nicht nur in Österreich wichtig. Deswegen haben wir das Budget des Außenressorts (UG 12) im nächsten Finanzrahmen um 19,5 Millionen Euro gesteigert.

Damit erhöhen wir unter anderem unsere Beiträge zur Flüchtlingshilfe. Darüber hinaus setzen wir Mittel frei, um die Staatsbürgerschaftsanträge von Holocaust-Überlebenden und Nachkommen von NS-Opfern zu beschleunigen.

Bundeskanzleramt (UG 10)

Um ein aktives jüdisches Gemeindeleben in Österreich sicherzustellen, werden wir im Rahmen des Budgets fürs BKA (UG 10) in den nächsten Jahren 16 Millionen Euro auszahlen.

Insgesamt steigern wir die Mittel des Bundeskanzleramtes für 2022 gegenüber dem letzten Bundesfinanzrahmen um 18,5 Prozent. Davon entfallen 55,4 Millionen Euro allein auf die Aufstockung der Deutschkursplatzförderung des Österreichischen Integrationsfonds.

Um Gewalttaten gegen Frauen vorzubeugen, werden wir im nächsten Bundesfinanzrahmen zusätzliche 22 Millionen Euro ausgeben.

Sicherheit / Inneres (UG 11)

Für den Schutz von Frauen vor Gewalt, insbesondere Schutz vor Gewalt innerhalb der Familie, werden auch im Sicherheitsressort (UG11) 10 Millionen Euro aufgestockt.

Insgesamt erhöhen wir das Budget des Innenressorts über den nächsten Bundesfinanzrahmen um 236,4 Millionen Euro!

Darunter wird unter anderem das Budget für das Anti-Terrorpaket um 120 Millionen Euro gesteigert, wovon die Hälfte für das nächste Jahr vorgesehen ist. Die Ausstattung und Ausrüstung der Polizei wird damit modernisiert und den neuen Bedrohungen angepasst.

Justiz (UG 13)

Wir werden im Bereich der Justiz Mittel zur Umsetzung des Terrorbekämpfungspakets aufstocken. Mit einer Budgetsteigerung von insgesamt 172,1 Millionen Euro im nächsten Bundesfinanzrahmen wird das Ressort unter anderem von 2022 bis 2025 zusätzliche Mittel für die Terrorbekämpfung vorsehen.

Darüber hinaus werden auch in dieser Untergliederung für einen verbesserten Gewaltschutz für Frauen bis 2025 mindestens 20 Millionen Euro zu Verfügung gestellt.

Familie und Jugend (UG 25)

Passend zu diesem Schwerpunkt haben wir auch in der UG25, Familie und Jugend, einen Teil dieses „Gewaltschutzpaketes“ umgesetzt. Das Budget für Familienberatungsstellen und Kinderschutzzentren wird ab 2022 um 23 Prozent erhöht.

Gesundheit, Soziales, Pflege und Konsumentenschutz (UG 24, UG 21)

Im Bereich der Pflege, der momentan sehr unter Druck steht, werden wir 2022 **3,7 Milliarden** Euro für Pflegeleistungen ausgeben! Zudem sind für die Pflegeausbildung jeweils 50 Millionen Euro in den Jahren 2022-2024 vorgesehen.

Das Budget des Gesundheitsressorts (UG 24) wird im nächsten Finanzrahmen um 6 Milliarden Euro erhöht! Für das nächste Jahr sind Auszahlungen in der Höhe von 3,2 Milliarden Euro vorgesehen. Neben der rückläufigen Vorsorge

für die Pandemiebekämpfung und –prävention und der Finanzierung von COVID-Impfstoffen ist ab 2022 die Rückerstattung der Senkung der Krankenversicherungsbeiträge budgetiert.

Bildung (UG 30)

Das Bildungsbudget wird bereits im Jahr 2022 die 10 Milliarden Euro Marke übersteigen! Damit wird unter anderem die Digitalisierungsoffensive des Unterrichts fortgeführt und die psychologische Unterstützung an Schulen ausgebaut.

Bis zum Schuljahr 2023/24 wird jeder Schüler und jede Schülerin der Unterstufe mit einem elektronischen Gerät ausgestattet.

Wissenschaft und Forschung (UG 31)

Die Wissenschaft und Forschung (UG31) bekommt im Bundesfinanzrahmen 196,6 Millionen Euro mehr. Somit werden wir den Fachhochschulausbau weiter fortsetzen und ab dem Wintersemester 2022/23 jährlich zusätzliche 347 Anfängerplätze bereitstellen.

Bei der Forschung werden wir mit zusätzlichen 17 Millionen Euro schwerpunktmäßig in klimarelevante Zukunftstechnologien im Bereich Wasserstoff investieren.

Angewandte Forschung (Wirtschaft, Innovation, Technologie – UG33, UG34)

Diese klima- und konjunkturrelevanten Forschungs- und Innovationsprogramme werden auch im Bereich der angewandten Forschung (UG33, UG34) unterstützt. Das Budget in der UG 33 (Wirtschaft (Forschung)) wird über den nächsten Bundesfinanzrahmen um 72,5 Millionen Euro gesteigert, jenes in der UG 34 (Innovation und Technologie) um 291,5 Millionen Euro.

Damit Österreich an den „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) zu Wasserstoff sowie Mikroelektronik II teilnehmen kann, stehen bis 2026 insgesamt 250 Millionen Euro zur Verfügung! So können sich österreichische Unternehmen an europäischen, kooperativen Projekten dieser Technologiezukunftsfelder beteiligen.

Klima, Umwelt und Energie (UG 43)

Im Zuge der ökosozialen Steuerreform wurde das Budget für Klima- und Umweltschutz bis 2025 um **5,9 Milliarden Euro** gesteigert! Den größten Beitrag dazu liefert der **regionale Klimabonus** (5,45 Milliarden Euro), mit dem die Einnahmen durch die CO₂-Bepreisung direkt an die Menschen rückverteilt werden.

Darüber hinaus werden Förderungen fürs saubere Heizen sowie Heizkesseltausch und für die thermische Sanierung um insgesamt 320 Millionen Euro erhöht. Für die Förderung des Fernwärme- und Fernkälteausbaus werden bis 2025 24 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Für die Schaffung von energieautarken Bauernhöfen sind im Zeitraum 2022-2025 100 Millionen Euro vorgesehen.

Mobilität (UG 41)

Das Budget der UG 41, Mobilität, wird über die gesamte Finanzrahmenperiode um 668,4 Millionen Euro erhöht. Darunter werden vor allem für die regionalen KlimaTickets zusätzlich 430,3 Millionen Euro bis 2025 zu Verfügung gestellt. Förderprogramme für emissionsfreie Busse und Infrastruktur werden mit zusätzlichen 204,8 Millionen Euro gestartet.

Die Finanzierung des ÖBB-Rahmenplans ist sichergestellt.

Außerdem werden wir uns im nächsten Finanzrahmen am Hochwasserschutz an der Donau mit zusätzlichen 52,7 Millionen Euro beteiligen.

Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (UG 42)

Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, in der UG 42, werden zusätzlich 16 Millionen Euro für den Schutz vor Naturgefahren zur Verfügung gestellt.

Insgesamt steigern wir das Budget der Landwirtschaft, Regionen und Tourismus im nächsten Rahmen um 554,9 Millionen Euro.

Darunter werden unter anderem zur Bewältigung der komplexen Herausforderungen im Forstsektor, wie zum Beispiel der Klima-Adaptierung oder dem Borkenkäferbefall, insgesamt 350 Millionen Euro bis 2024 zur Verfügung gestellt.

Für den Breitband-Ausbau werden bis 2025 zusätzliche 624 Millionen Euro zur Erreichung der Ausbau-Ziele veranschlagt.

Wirtschaft (UG 40)

Das Budget des Wirtschaftsressorts (UG 40) werden wir bis 2025 um 924,5 Millionen Euro steigern.

Darunter werden wir für zusätzliche Digitalisierungsmaßnahmen in den Jahren 2022-2025 weitere 42,3 Millionen Euro bereitstellen.

Außerdem stehen für IT-Projekte 2022 und 2023 weitere 10 Millionen Euro jährlich zur Verfügung.

BM Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport (UG 32, UG 17)

Zum Abschluss freut es mich zu erwähnen, dass wir die Budgetmittel für den Bereich der Kunst und Kultur (UG32) über den nächsten Bundesfinanzrahmen um 90,1 Millionen Euro steigern. Damit sind die Mittel für die Generalsanierung der Festspielhäuser Salzburg und Bregenz sichergestellt und Zusatzmittel für die Kinderoper der Wiener Staatsoper garantiert.

Auch die Sportförderung (UG17) wird in den Jahren 2023 – 2025 um insgesamt 51 Millionen Euro aufgestockt. Darüber hinaus sind für den NPO Fonds zusätzliche 250 Millionen Euro für das Jahr 2022 vorgesehen.